

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

5.12.1929 (No. 284)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Kutenb, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Sonntags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Die Krisis bei den Deutschnationalen

Nach dem Rücktritt des Grafen Westarp M. Berlin, 5. Dez. (Priv.-Tel.) Nachdem Graf Westarp gestern den Vorsitz in der deutschnationalen Reichstagsfraktion niedergelegt hatte, trat diese heute zusammen, um zu der dadurch geschaffenen Lage Stellung zu nehmen.

Die Wahl des neuen Fraktionsvorsitzenden wurde jedoch auf die nächste Woche vertagt. Die Gründe dafür liegen wohl in der Unsicherheit, die augenblicklich in der Fraktion herrscht, da niemand weiß, wer noch austreten wird.

Der Abg. E. Hiele vom Landtag bleibt noch in der Fraktion, da er den Kampf aufnehmen will. Dagegen gilt es als sicher, daß zwei seiner Freunde vom Reichslandtag, Fromm und Menzel, zu der in der Begründung begriffenen deutschnationalen Vereinigung hinübergehen werden.

Das Austrittsschreiben Lambachs

Der Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst, der dem Abg. Lambach nahesteht, verbreitet einen Brief des Abg. Lambach an den Geheimrat Dr. Alfred Eugenberger. In diesem Brief heißt es u. a.: Die konservativen Brüder über Elbe, Rhein und Main sind durch Sie zerstückt worden.

„So lange noch irgendeine Wahrscheinlichkeit bestand, daß mit Ihnen an der Spitze der Partei oder ohne Sie eine Rückkehr zu den bei der Begründung der Partei festgelegten politischen Methoden möglich sei, haben meine Freunde und ich unter Selbstverleugnung und Zurückstellung jeder öffentlichen Kritik unsere politische Arbeit im Rahmen der Fraktion, die dank der Führung des Grafen Westarp ihrem Befehl nicht untergeordnet war, geleistet.“

Die ausgestretenen Abgeordneten

Verschiedene der aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgeschiedenen Abgeordneten haben sich zunächst zu einer Christlich-Sozialen Gruppe zusammengeschlossen. Sie wollen mit den anderen, früher deutschnationalen Abgeordneten eine Arbeitsgemeinschaft eingehen.

Die Gründe Westarps

Wie die „D.A.Z.“ zur Niederlegung des Fraktionsvorsitzes durch den Grafen Westarp meldet, begründete er ihn in einer Rede, die den Gesichtspunkt herausstellte, daß er die Ausschlussverfahren gegen namhafte Fraktionsmitglieder mißbillige.

Letzte Nachrichten

Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstags

Ausschluß bis zu 30 Sitzungstagen

B.D.S. Berlin, 5. Dez. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses des Reichstags wurde mit den Stimmen der Mehrheitsparteien und der Wirtschaftspartei, bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen, die gestern vom Präsidenten angeforderte Verschärfung der Geschäftsordnung angenommen.

Danach kann ein Mitglied wegen gröblicher Verletzung der Ordnung bis zu 30 Sitzungstagen von der Teilnahme an den Verhandlungen ausgeschlossen werden, wobei das Mitglied für diese Zeit die Freifahrtkarten und die Diäten verliert.

Der neue Zentrumsfraktionsvorsitzende im Reichstag

M. Berlin, 5. Dez. (Priv.-Tel.) Zum Fraktionsvorsitzenden im Reichstag hat das Zentrum den Abgeordneten Dr. Brüning gewählt. Brüning spielte in den Finanzausschüssen des Reichstags und im Plenum stets eine führende Rolle.

Die Verfassungsreform in Österreich

Vor der Fertigstellung der Vorlage

W.B. Wien, 5. Dez. (Tel.) Die parlamentarischen Arbeiten des Unterausschusses betr. die Verfassungsreform, wurden um 14 Uhr früh beendet. Im wesentlichen ist alles bereinigt, bis auf einige kleinere Fragen, die im Laufe des heutigen Tages geklärt werden müssen.

Nach allen vorliegenden Meldungen wurde ein Einvernehmen über die Schulfrage und über die Wahlordnungsfragen erzielt. Auch durch Volksbegehren kann ein neues Gesetz verlangt werden, das binnen einem halben Jahre vorzulegen ist.

Regierung und Parlament in Polen

Vor der Entscheidung des Sejms

W.B. Warschau, 5. Dez. (Tel.) Das ganze Land steht unter dem Eindruck der für heute angekommenen Sejm-Sitzung. Nach wie vor herrscht vollkommene Unsicherheit über die Politik, die die Regierung gegenüber der Volksvertretung anwenden wird.

Die russische Außenpolitik

Rußland und Deutschland

W.B. Moskau, 4. Dez. (Tel.) Das Zentral-Exekutivkomitee der Sowjetunion hat gestern, nachdem Volkskommissar Litwinoff den Bericht erfaßt hatte, die Außenpolitik der Regierung einstimmig gebilligt.

Wie sich die Bevölkerung des Saargebiets die Lösung des Saarproblems denkt

Der Präsident des Saarländischen Landestages, Scheuer, ein berufener Vertreter saarländischer Volksmeinung, gab einem Vertreter des B.D.S. in einer Unterhaltung über das Saarproblem Aufschlüsse, die angesichts der Aktualität dieser Frage die deutsche Öffentlichkeit dankenswert unterrichten.

Für uns Saarländer gibt es keine andere Lösung als die Wiedereinführung in unsere vollen Rechte als bayerische und preussische Staatsbürger durch unbeschränkte Rückgliederung zu Deutschland, unserem Vaterland.

Gewiß ist zuzugeben, daß die Frage der wirtschaftlichen Rückgliederung in dem Augenblick, wo man an die Lösung des Saarproblems herangeht, im Vordergrund des Interesses steht. Das beweist aber auch die auf beiden Seiten zweifelsfrei vorhandene Übereinstimmung in der Frage der politischen Zugehörigkeit dahingehend, daß das Gebiet zu Deutschland gehört und darum auf alle Fälle zu Deutschland zurück muß.

Wie diese Rückgliederung aussieht, nachdem die politische Abtrennung der 2000 Quadratkilometer preussischen und bayerischen Gebietes dieses Teil Deutschlands in das französische Volkregime eingegliedert hatte? Es ist natürlich, daß mit der politischen Rückgliederung auch die wirtschaftliche gelöst werden muß.

Diese Seite des Saarproblems spielt nun in der ganzen Frage eine sehr wesentliche Rolle. Bei solcher Struktur kann keine Rede davon sein, irgendwelche Verpflanzungen vorzunehmen, vielmehr muß die zu suchende Lösung der Bevölkerung Arbeit und Brot an Ort und Stelle sichern.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse vor dem Kriege? Der Bergbau produzierte im Durchschnitt 13 Millionen Tonnen jährlich. Bei dem auf 18 Milliarden Tonnen geschätzten Kohlenreichtum der Gruben können wir also hier im bisherigen Tempo noch tausend Jahre hindurch Kohle abbauen.

Rein, die Entschädigung war nicht angemessen, denn der Förderausfall in Nordfrankreich wird mit etwa 66 Millionen Tonnen angegeben, bis heute aber schon haben die Franzosen aus den Saargruben über 100 Millionen Tonnen herausgeholt.

Ob sich die alten Absatzverhältnisse erhalten haben? Es ist klar, daß der Absatz der gefördertten Kohle mit dem Wechsel im Besitzer der Gruben eine Verschiebung erfährt. Heute wird die Saarkohle zur Hälfte an der Saar und in Deutschland verbraucht, zu 10 Proz. in Elsaß-Lothringen, und nach Frankreich, das früher nur 8 Proz. der Förderung abnahm, geht heute ein Viertel.

Die Frage nach dem Absatz der Saarkohle aus dem rückgegliederten Saargebiet ist bei dem Kohlenreichtum Deutschlands erklärlich, die Antwort aber verhältnismäßig einfach. Die Gürtelindustrie bezieht ihr Erz vornehmlich aus Elsaß-Lothringen, und nichts steht im Wege, Kohle und Erz auf dem Wege des einfachen Vertrages (Zölle bestehen hier nicht) austauschweise zu verlaufen.

Was hat der Absatz der Saarkohle mit der Nationalität des Besitzers der Gruben zu tun? Frankreich bezieht doch in großer Menge englische Kohle, und es ist nicht bekannt, daß

Mit der Beilage: 4. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Frankreich jemals den Anspruch erhoben hätte, an den Gruben Englands irgendeinen Besitzteil zu erhalten. Darüber hinaus jedoch wird die ausgezeichnete Qualität der Saarohle (als Gaskohle) den Markt in Deutschland sehr bald zurückerobern. Die Frage des Abfahrs der Saarohle kann eine ernste Beunruhigung keineswegs hervorrufen, wenn es natürlich auch Aufgabe des künftigen und rechtmäßigen Besitzers sein wird, sich um einen guten Absatzmarkt zu bemühen.

Ja, auch hier verläutet sehr bestimmt, daß Frankreich den früheren Abzug seiner Truppen aus dem Saargebiet sich damit entschädigen lassen wolle, daß die Saargruben zu einem internationalen Betrieb zu gestalten seien, auf den Frankreich für alle Zeiten einen bestimmten Einfluß habe.

Solche Erwägungen lehnt die gesamte Bevölkerung des Saargebietes ab. Die Forderung geht einfach und klar dahin, daß die Gruben an Preußen und Bayern so wieder übergeben werden müssen, wie sie es vor 1919 waren. Auch eine Vergeßlichkeit innerhalb des Deutschen Reiches lehnt die Saarbergarbeiter ab. In dieser Frage gibt es nur eines, was die Bevölkerung billigt: Unverrückbare Rückkehr in die alten Besitzverhältnisse.

Etwas anderes ist es mit der Frage, inwieweit Frankreich an Kohlenlieferungen interessiert ist. Darüber wird der rechtmäßige Besitzer (Bayern/Preußen) wahrscheinlich mit sich reden lassen, und eine Klärung dieser Frage auf dem Wege einfacher Verträge wird im Interesse der beiderseitigen Wirtschaften und damit auch der Saarbevölkerung liegen.

Die russisch-chinesischen Verhandlungen

Rückkehr der mandchurischen Unterhändler

W.D. London, 6. Dez. (Tel.) Der Korrespondent der „Times“ in Mukden meldet: Die beiden Unterhändler der mandchurischen Regierung, Tsaijunschen und Wschao-feng, kehrten gestern abend von Nikolski nach Mukden zurück und berichteten unverzüglich in einer Sonder Sitzung des politischen Rates über die mit den russischen Vertretern vereinbarten Bedingungen.

Die von dem Korrespondenten gemeldeten Bedingungen entsprechen jenen des Moskauer Berichtes.

Zu diesen Sonderverhandlungen Mukdens mit den Russen veröffentlicht die Berliner chinesische Gesandtschaft eine Erklärung, daß die Sowjetregierung versucht habe, von chinesischen örtlichen Militärbehörden Konzessionen zu erlangen. Sie bezeichnet die Meldungen sowjetrussischer Amtsstellen, wonach die chinesischen lokalen Behörden in den Ostprovinzen die russischen Forderungen angenommen hätten, als unzutreffend. (Dem widerspricht die obige Meldung.)

Eine Erklärung Stimson's zur russischen Note

W.D. Washington, 6. Dez. (Tel.) Staatssekretär Stimson erklärte Mittwoch abend Pressevertretern: Zwischen Signatoren eines Vertrages kann es niemals als eine Unfreundlichkeit betrachtet werden, wenn eine Nation die Aufmerksamkeit einer anderen auf ihre Verpflichtungen oder auf Gefahren für den Frieden lenkt. Bereits in der Haager Konvention von 1899 sind die Nationen der Welt übereingekommen, daß fremde Mächte Anregungen zur Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Staaten, die sich in Konflikt miteinander befinden, machen können, und daß dies von den am Konflikt beteiligten Parteien nicht als unfreundlicher Akt betrachtet werden solle. Die Botschaft der amerikanischen Regierung wurde nicht aus unfreundlichen Beweggründen abgefaßt, sondern weil die amerikanische Regierung den Kelloggpat als einen Vertrag ansieht, der die Stellung der Welt zum Frieden von Grund aus geändert hat.

Stimson fügte hinzu, zur Zeit beabsichtige er keine weiteren Schritte, in der Hoffnung, daß die Meldungen über eine russisch-chinesische Einigung über die Verhandlungsgrundlage sich bewahrheiten.

Die Abrüstungsfrage vor dem Unterhaus

W.D. London, 6. Dez. (Tel.) Das Unterhaus nahm gestern nach einer Debatte einen Antrag des Liberalen Burgin an, der u. a. fordert, daß die Regierung sich aufs äußerste bemühe, eine internationale Aktion herbeizuführen zur Prüfung und evtl. Vorbereitung eines Vertrages über eine umfassende Verabredung oder Beschränkung der Rüstungen zur See, zu Lande und in der Luft einschließlich des Kriegsmaterials und des Personals. Der Erste Lord der Admiralität, Alexander, sprach sich im Namen der Regierung für den Antrag aus und erklärte, es sei ein allgemeines Abkommen zwischen den fünf Mächten bei der bevorstehenden Londoner Flottenkonferenz notwendig, denn es würde eine große Gefahr für Europa bedeuten, wenn ein solches Abkommen nicht erzielt würde.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den sich zur Zeit in Berlin aufhaltenden österreichischen Gesandten, Dr. Frank, begleitet von...

Die Vereinheitlichung des Genossenschaftswesens. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages hat einstimmig der Novelle zum Genossenschaftsgesetz zugestimmt, die den Zusammenschluß von Revisionserbänden erleichtern soll.

Das Republikstufengesetz wird im Strafrechtsausschuss am 10. bis 12. Dezember zur Beratung kommen.

General von Lettow-Vorbeck, der am Mittwoch in London vom Prinzen von Wales empfangen wurde, besuchte auch das Unterhaus und wohnte auf der Tribüne den Verhandlungen bei. Zufällig war zur gleichen Zeit auch Kerenski auf der Tribüne anwesend.

Großfürst Kyryll, der sich seinerzeit zum Zaren von Rußland ausruhen ließ, will seinen Wohnsitz von Coburg nach Frankreich verlegen. Man habe ihm zu hohe Steuern auferlegt.

Der ehemalige Premierminister von Australien, Bruce, ist mit seiner Gattin nach Europa abgereist. Er beabsichtigt, den Kontinent zu besuchen, und zwar besonders Deutschland, wo er die wirtschaftlichen Verhältnisse studieren will.

Ein Waffenlager. Bei dem Gutbesitzer Ulrich (Saalekreis) wurde ein großes Waffenlager (228 Infanteriegewehre mit 19 500 Schuß) beschlagnahmt.

Verstärkter Polizeischutz für Altenburg. In Altenburg kam es zu verschiedenen Zwischenfällen und Zusammenstößen. In geschlossenen Trupps zogen Nationalsozialisten und Kommunisten durch die Straßen der Innenstadt, die mehrfach geräumt werden mußten. Da nach Lage der Dinge die Gefahr geräumt werden mußte, wurde Landespolizei von auswärts herbeigerufen. Infolge der polizeilichen Sicherungen konnten dann erste Zusammenstöße vermieden werden.

Der Schiedspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Aus dem Reichstag

Unerhörte Eindrücke — Verschärfung der Geschäftsordnung — Das Republikstufengesetz an den Rechtsausschuss

Seit langer Zeit hat der Reichstag nicht so wilde Tumulten gesehen, wie sie sich in der Sitzung am Mittwoch abspielten. Die erste Beratung des neuen Republikstufengesetzes stand auf der Tagesordnung, und die Kommunisten verfielen mit allen Mitteln, den Reichsinnenminister Severing am Reden zu hindern.

Ihr eigener Redner, der Abg. Bied, war ruhig angehört worden, als er die Vorlage in der schärfsten Weise als ein „Antikomunistengesetz“ bekämpfte. — In sehr scharfer Form griff auch der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Everling die Regierung an, während er den Gesetzentwurf ablehnte. Als nun Reichsinnenminister Severing das Wort nehmen wollte, wurde er von den Kommunisten mit den argsten Schimpfwörtern wie „Bluthund“, „Arbeitermörder“ empfangen. Nur mit Mühe gelang es dem Minister, sich für die ersten Sätze seiner Rede Gehör zu verschaffen.

Die Kommunisten lärmten und ließen die Mahnungen des Vizepräsidenten von Karborff unbeachtet. Die Sozialdemokraten gaben durch Entrüstungsstundgebungen zu verstehen, daß sie ein schärferes Vorgehen des Vizepräsidenten gegen die Unruhefänger verlangten. Vizepräsident von Karborff aber wußte offenbar die Namen der schlimmsten Schreier nicht und unterbrach schließlich durch Verlassen seines Sitzes die Sitzung.

In der Pause trat der Ältestenrat zusammen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung mußten schließlich 21 kommunistische Abgeordnete ausgewiesen werden. Abg. Koenen mußte durch Polizei aus dem Saal gebracht werden. Präsident Löbe, der inzwischen den Vizepräsidenten von Karborff abgelöst hatte, kündigte unter dem Beifall der Mehrheit eine Verschärfung der Geschäftsordnungsbestimmungen gegen Ordnungsstörungen an.

So konnte Reichsinnenminister Severing endlich doch noch seine Rede halten. Er bestritt, daß die Vorlage ein Ausnahmegesetz sei oder der Verfassung widerspreche. Die Angriffe des Kommunisten und des Deutschnationalen gegen das Gesetz hätten sich gegenseitig aufgehoben. Im Ausschuss werde er mit reichem Material die Notwendigkeit eines gesetzlichen Schutzes der Republik und ihrer Führer beweisen.

In der Aussprache stimmten die Redner der Regierungsparteien dem Gesetzentwurf zu, behielten sich aber für die Ausschussberatung vorbehalten. Der Redner der Wirtschaftspartei äußerte starke Bedenken, und die Vertreter der Nationalsozialisten und der Christlichnationalen Bauernpartei lehnten die Vorlage ab. Der Gesetzentwurf wurde schließlich in der zehnten Abendstunde dem Rechtsausschuss überwiesen.

Nach Annahme des Auslieferungsgesetzes in dritter Beratung vertagte sich das Haus auf heute, Donnerstag.

Die heutige Sitzung

Die Sitzung des Reichstages am heutigen Donnerstag wurde bereits mittags 12 Uhr eröffnet. Bei der Eröffnung der Sitzung des Reichstages teilte Präsident Löbe mit, daß ihm ein Mitglied den Austritt aus der deutschnationalen Fraktion mitgeteilt und um andere Plätzeverteilung gebeten habe. Präsident Löbe bittet die übrigen in Frage kommenden Mitglieder, sich nach Schluß der Sitzung gleichfalls an ihn zu wenden (Geisterst.)

Ohne Aussprache wurde zunächst in zweiter und dritter Beratung die Novelle zum Genossenschaftsgesetz angenommen, durch die der Zusammenschluß von Genossenschaften und Revisionserbänden erleichtert werden soll.

Der Geschäftsordnungsauausschuss berichtet dann über Anträge auf Strafverfolgung verschiedener Abgeordneter. Der Ausschuss lehnte in den meisten Fällen die Anträge ab, beantragt aber, die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten Dr. Goebels (N.S.), Straßer (N.S.) und Koenen (Komm.) wegen Beleidigung durch die Presse, und der Abgeordneten Wenke (Komm.) und Dengel (Komm.) wegen anderer Delikte zu erteilen. Der Ausschussantrag wird angenommen.

Es folgt der Bericht des Wohnungsausschusses über die Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen. Der Ausschuss hat den Regierungsentwurf in manchen Punkten abgeändert und ergänzt. Als weitere Aufgabe der Wohnungs- und Siedlungspolitik ist vom Ausschuss eingefügt worden: Durchgreifende Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege zur Sicherung einer pfegeiligen Behandlung der Wohnräume. — Über die Höhe der Mieten wird u. a. gesagt, daß für minderbemittelte linderreiche Familien die Miete 15 Proz. des Einkommens nicht übersteigen soll.

Boesj vor dem Untersuchungsausschuss

Eine ergebnislose Vernehmung

Die mit Spannung erwartete Vernehmung des Oberbürgermeisters Bösj vor dem Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags am Mittwoch brachte keine Überraschungen, denn der Oberbürgermeister erklärte, er könne sich an die meisten Vorgegänge, die Jahre zurückliegen, nicht erinnern, da es für ihn nur keine Ausschnitte aus der Riesenverwaltung der Vier-Millionen-Stadt seien. Bösj erklärte, daß im Magistrat seinerzeit die Auffassung herrschte, die Sklarek hätten mit der Übernahme der Kleiderverwertungsgesellschaft ein schlechtes Geschäft gemacht, und man habe sich gewissermaßen moralisch verpflichtet gefühlt, ihnen als Entschädigung das Verleierungsrecht für die städtischen Stellen zu erteilen. Wie die falsche Meinung im Magistrat zustande kam, kann Bösj nicht erklären. Er erklärte aber, es sei ihm ganz unverständlich, wie Mitglieder des Magistrats, also der kommunistische Stadtrat Gabel und der volksparteiliche Abgeordnete Venede, hinter dem Rücken dieser Körperschaft die Monopolverträge mit den Sklarek hätten abschließen können. Auch mit der Städteordnung sei das keineswegs vereinbar. Er selber habe von diesen Verträgen erst nach seiner Rückkehr aus Amerika erfahren.

Auf die Frage, ob er etwas von den gefälligen Bilanzen der Kleiderverwertungsgesellschaft wie überhaupt von den Organisationsmängeln in der Berliner Verwaltung wisse, antwortete der Oberbürgermeister, er könne sich nicht bestimmen, solche Fälschungen bemerkt zu haben. Er wies immer wieder darauf hin, wie groß der Betrieb und die Arbeitslast der Stadtverwaltung gewesen seien. In jeder Magistratsitzung seien 40 größere und 10 kleinere Vorlagen zu erledigen gewesen. Da habe er nicht alles wissen und behalten können.

Die Höhe der Gehälter der leitenden Beamten in der Berliner Stadtverwaltung hat in der Agitation für die letzten Wahlen eine gewisse Rolle gespielt. Die Öffentlichkeit ist dadurch aufmerksam geworden, daß die Direktoren der großen städtischen Betriebe ein Grundgehalt von 80 000 M und außerdem Lantime haben, durch die ihr Einkommen bis zu 80 000 Reichsmark stieg. Die sozialdemokratische Fraktion hat nun in der Berliner Stadtverordnetenversammlung einen Antrag eingebracht, daß die Gehälter der städtischen Direktoren, Prokuristen und sonstigen Leiter von städtischen Gesellschaften abzubauen seien.

Konferenz der Landwirtschaftsminister

Das Programm Dietrichs

Unter dem Vorsitz des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Dietrich, fand am Mittwoch in Berlin eine Besprechung mit den Landwirtschaftsministern der Länder statt. Zur Erörterung stand in der Hauptsache die kürzlich vom Kabinett verabschiedete Agrarvorlage, Reichsminister Dietrich legte einleitend in ausführlicher Rede die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung dar. Er führte u. a. folgendes aus:

Der Druck auf die Viehpreise sei weniger auf das gollfreie Gefrierfleischkontingent, als vielmehr in der Hauptsache auf die ausländische Einfuhr zurückzuführen. Erst die Räumigung des schwedischen Handelsvertrages habe die Möglichkeit geschaffen, den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft zum Schutze der Vieh- und Fleischmärkte in zollpolitischer Hinsicht entgegenzukommen.

Für Inlandweizen sei der Verzehrswang nicht nur eingeführt und verlängert worden, sondern er werde auch entsprechend durchgeführt. Die bisherigen Erfahrungen hatten gezeigt, daß beim Weizen ebenso wie beim Zucker eine Preismanipulation auf alle Fälle möglich sei. Anders läge die Verhältnisse beim Roggen. Hier biete der Zoll keine Lösung des Problems. Die Maßnahmen der Getreidehandelsgesellschaften, die durchaus intakt seien, hätten sich für eine Stabilisierung des Roggenpreises als nicht ausreichend erwiesen.

Die Milch- und Molkereiwirtschaft habe im Laufe des letzten Jahres eine nachhaltige Förderung erfahren. Der größte Gebel für die Sanierung und den Wiederaufbau der Landwirtschaft liege ohne Zweifel bei der Viehwirtschaft. Er sei sich jedoch darüber klar, daß im Interesse der Gesamtwirtschaft auch die städtische Landwirtschaft, vor allem der Roggen- und Kartoffelbau, unter allen Umständen am Leben erhalten werden müsse. Wenn die Agrarvorlage verabschiedet sei, dürfte das Zollproblem vorerst als erledigt betrachtet werden.

Die nächste Forderung sei eine grundlegende Umstellung der Landwirtschaft in bezug auf Produktion und Absatz, eine Aufgabe, der sich Regierung und Landwirtschaft mit ganzer Kraft widmen müßten.

Die Darlegungen des Reichsernährungsministers wurden von den Landwirtschaftsministern der Länder begrüßt und seine Bemühungen um die Sanierung der Landwirtschaft mit Dank anerkannt.

Die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung

Nach Mitteilungen des Demotr. Zeitungsb. wird sich die Reichsregierung noch in dieser Woche mit der Vorlage des Reichsarbeitslosenversicherungsgesetzes von 1/2 Proz. vorsetzt. Es kann damit gerechnet werden, daß sich insbesondere der Reichsfinanzminister dem Vorlage des Reichsarbeitsministers anschließen wird; denn der Reichsfinanzminister ist nur noch in der Lage, für diesen Monat Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung zu leisten.

In parlamentarischen Kreisen ist die neue Sachlage bereits erörtert worden, und es ist dabei die Auffassung zutage getreten, daß die Frage der Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang zu bringen sei mit bestimmten Erklärungen des Reichsfinanzministers über die Finanzreform. Ob eine Beitragserhöhung von 1/2 Proz. in Frage kommt, muß noch eingehend geprüft werden.

2. Haager Konferenz am 3. Januar. Die niederländische Regierung hat vom Präsidenten der Haager Konferenz die Mitteilung erhalten, daß die zweite Haager Konferenz am 3. Januar beginnen soll.

56 Mächte Mitglieder des Kelloggpatentes. Nachdem die Schweizer Ratifikationsurkunde zum Kelloggpatent hinterlegt ist, sind 56 Mächte Mitglieder des Patentes.

Die belgische Ministerkette ist beendet. Das vom Ministerpräsidenten Jaspars neugebildete Kabinett hat dieselbe Zusammensetzung wie das frühere.

Bei einem französisch-südlawischen Vortragsabend in der Sorbonne hörte während der Rede des südlawischen Gesandten ein Italiener die Verammlung durch Ausrufe und Abschließen eines Schreckschuhrevolvers. Der Italiener wurde verhaftet.

Das amerikanische Prohibitionsgesetz. Der Jahresbericht des amerikanischen Generalanwalts teilt mit, daß die Gesamtschuld im Laufe des Jahres eingeleiteten Strafverfahren unter dem Prohibitionsgesetz 56 786 betrug. In 47 100 Fällen erfolgten Überführungen, in 21 602 Fällen wurde auf Gefängnisstrafen erkannt. Der Durchschnitt der verhängten Freiheitsstrafen beträgt 147 Tage, die Summe der Geldstrafen beläuft sich auf 7 486 900 Dollar.

Erkrankung des Königs von Albanien. Der Gesundheitszustand des Königs Zogu von Albanien soll Besorgnisse einflößen. Zwei italienische Ärzte sind nach Tirana abgereist.

Mord und vorsätzlicher Versicherungsbetrug

Der in Leipzig wohnhafte Kaufmann Kurt Lehner, der als Versicherungsbetrüger zum Mörder wurde, konnte in Straßburg i. E. verhaftet werden. Frau Lehner wurde in Leipzig festgenommen und hat gestanden, daß ihr Mann einen Unbekannten in der Nähe von Regensburg ermordet und den Kraftwagen verbrannt hat, um ein Unglück vorzutäuschen und sich dadurch in den Besitz der einige Wochen zuvor abgeschlossenen Versicherungssumme von 124 000 M zu bringen. Der Mörder wollte den Ansehens erwecken, daß er, Lehner, der Tote sei. Lehner ist in vollem Umfang geständig, den Mord am 27. Nov. bei Regensburg verübt zu haben, ebenso den Mordversuch am 21. November an einem Handwerksburschen. Er beschuldigt seine Frau der Anstiftung. Lehner wurde in das Gefängnis Straßburg eingeliefert, von wo seine Überführung nach Regensburg angeordnet wurde.

Direktor Walter Niefelung, der frühere Leiter der Heil- und Pflegeanstalt für Schwachsinnige „Gephata“, in Gladbach-Rheydt, der im Zusammenhang mit dem damals noch unaufgeklärten Tode der Kontoristin Gilda Dürholt unter Mordverdacht verhaftet worden war, ist jetzt außer Verfolgung gesetzt worden, da festgestellt ist, daß Selbstvergiftung durch Luminal vorliegt.

Unter dem Verdacht der Unterschlagung von 180 000 M wurde der Kassier Dring des Dresdener Bankhauses Albert Kunze & Co. (das in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist) verhaftet.

Ebison soll ein Verfahren zur Herstellung synthetischen Gummis aus der gewöhnlichen Goldrutenpflanze entdeckt haben. Der Gummi soll für den Handel zu etwa 68 Cents für das Pfund herstellbar sein.

Der bad. Landesverband gegen den Alkoholismus e. V. Karlsruhe hält am 18. Dez. nachm. 4 Uhr, im kleinen Sitzungssaal der Landeshauptstadt in Karlsruhe die Landesausschusssitzung ab.

